

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 21 15. Oktober 1997

→ **Brauner Okkultismus** Seite 2

Anhänger des im Februar verstorbenen Thies Christophersen zelebrieren einen „Ehrentag“ für den Alt-nazi. Auf dem Programm steht neben UFOs auch eine Wallfahrt zum langjährigen „Exilwohnhaus“ des Holocaust-Leugners in Dänemark.

→ **Lesestoff für Skinheads** Seite 3

Die sogenannten „Fanzines“, meist einfach aufgemachte Heftchen, erfüllen eine wichtige Informations- und Kommunikationsfunktion innerhalb der Skinhead-Szene. Zahlreiche Zines wurden in den vergangenen Jahren wegen rassistischer Inhalte indiziert.

→ **Die Geschäfte des Dr. F.** Seite 5

Einem Münchner Verleger ist eine beispiellose Symbiose zwischen Politik und Kommerz gelungen. Selbst an seiner eigenen Partei, deren Vorsitzender er ist, verdient er noch kräftig.

→ **Kein Friedensbote** Seite 12

Um die Hintergründe des Fluges von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß 1941 nach Großbritannien ranken sich heute noch Legenden und Mythen. Eine neue Untersuchung widerlegt die Mär vom Idealisten oder Märtyrer für den Frieden.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255-94-190

Gedenkfeier für Nazi-Ikone

Begegnung der besonderen Art

Vom 24. bis 26. Oktober findet in Schleswig-Holstein ein gemeinsames Freundestreffen der Leserkreise „Thies Christophersen“ und „Denk-mit!“ statt.

Organisiert wird das Treffen des braunen Gruselkabinetts von Claudia Brüning, einst rechte Hand des im Februar dieses Jahres verstorbenen Holocaustleugners und SS-Schergen Thies Christophersen. Brüning, die über Jahre hinweg bei der antisemitischen Hetzpostille „Die Bauernschaft“ von Christophersen mitarbeitete, nahm 1989 an der Jubelfeier anlässlich des 100. Geburtstages von Adolf Hitler, ausgerichtet von der spanischen Neonazi-Truppe CEDADE, in Madrid teil.

Zur Eröffnung des Freundestreffens soll der auch in der Neonazi-Szene umstrittene Videofilm „Ufo - Geheimwaffe des III. Reiches“ aufgeführt werden. Vorsorglich teilt Brüning deshalb ihrem ewiggestrigen Kreis mit, daß der Film auch durch ein anderes Programm ersetzt werden könne. Das Phantasiegebilde von geheimnisumwitterten Nazi-Ufos, dem schlummernden Hitler im Erdinnern, Teilen der Waffen-SS als Eingeweihte weltgeschichtlicher Mysterien, mit deren Hilfe sie im April 1945 mit Raumschiffen ins rettende Weltall zum Mars entflohen, ist selbst eingefleischten Hitler-Anhängern zuviel des Guten. Die am ersten Oktoberwochenende in Spanien verstorbene Gralsgestalt Ewiggestriger, der Alt-Nazi Otto Ernst Remer, bezog beispielsweise stets eindeutig Position gegen diese Art von szenenumgreifenden paranoiden Schwachsinn.

Wallfahrt zum „Exilhaus“

Lebensnaher als beim filmischen Exkurs in die Tiefen des Weltalls geht es dann am „Tag zu Ehren Thies Christophersens“ zu. Den Reigen der Jubelreden auf Thies Christophersen eröffnet Gerhard Seifert, altgedienter Referent bei den „Hendendorfer Tagungswochen“, Mitglied des „Bundes der Goden“ und des „Freundeskreises der Artamanen“. Der Feierstunde schließt sich der musikalische Auftritt des belgischen „Scheldechor Antwerpen“ an. Anschließend, noch vor der Kranzniederlegung am Grabe von Christophersen, spricht ein Udo Pasteurs Gedichte aus der „Bauernschaft“.

Im Einladungsschreiben wird den Leserkreisen mitgeteilt, daß eigene Beiträge beim Freundestreffen ausdrücklich erwünscht seien. So sollen von den Gästen „heitere Erinnerungen“ an Christophersen vorgetragen werden oder Einfälle, die das Freundestreffen bereichern.

Viel Zeit zur Eigeninitiative sieht das prallgefüllte Programm jedoch nicht vor. Mit feststehenden Referaten wollen die Angereisten u.a. beglücken: – Klaus Huscher, Anhänger des Esoterischen Hitlerismus, Vorsitzender der Mini-Gruppe „Volksbund Deutsches Reich“ (VBDR), Autor in der NS-apologetischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“. Huscher ist Herausgeber der „Überparteilichen Zeitschrift des Deutschen Reiches“ mit dem Titel „Denk-mit!“. Er weiß auch ganz genau, was es mit den Nazi-UFOs auf sich hat: „Das Dritte Reich existiert zurzeit für (..) (die) Menschen nicht mehr sichtbar in der Bundesrepublik, jedoch befindet es sich in Zwischenreichen! Daher tragen auch viele dieser schon gesichteten UFOs das Symbol des Dritten Reiches.“

– Wilhelm Stäglich, Autor des 1979 im Grabert-Verlag erschienenen Standardwerkes aller Holocaustleugner „Der Auschwitz-Mythos“, seit Jahren führend im internationalen Netzwerk der Holocaustleugner tätig; vor 1945 als Offizier einer Flugabwehr-Einheit in der Nähe von Auschwitz stationiert, später Hamburger NPD-Funktionär.

– Wolfgang Juchem, Kopf der „Aktion Freies Deutschland“, Handlungsreisender und Dauerreferent im rechtsextremen Lager;

– Jürgen Rieger, der Szeneanwalt schlechthin, führende Spinne im rechtsextremen Netz.

Zur Erbauung der Kameraden darf beim Freundestreffen auch das Mitsingen nicht zu kurz kommen. Dafür sorgt ein Kameradschaftsabend mit dem „Scheldechor Antwerpen“ und Sigrun Schurbohm, die die nationalen Gesänge mit der Gitarre begleiten wird. Den Höhepunkt des Wochenendtreffens bildet eine Schiffsfahrt nach dem dänischen Kollund, wo Christophersen nach seiner Flucht aus der Bundesrepublik Unterschlupf fand. Nach einem Spaziergang zum „Exilhaus“ in Kollund soll die Fahrt weitergehen zur rechtsextremen Wallfahrtsstätte nach Mürwik. Dort residierte der Hitler-Nachfolger Karl Dönitz mit seiner Operettenregierung. Anschließend verbrachte der Großadmiral 10 Jahre im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Span-dau. Bis zu seinem Tod, im Januar 1981, zählte er zur treuen Leserschar der „Bauernschaft“.

Anton Maegerle

Das Publikationsnetz der Skinhead-Szene

Grüße an die „Kameraden“

Der Neologismus „Skinzine“ stammt aus dem Englischen und ist die Kurzform für Skinhead Magazine. Skinzine, gelegentlich auch Fanzine, ist die Selbstbezeichnung der Skinhead-Szene für mehr oder weniger einfache Publikationen, die ein wichtiges Kommunikationsmedium der Szene darstellen. Die Namen reichen von „Äbbelwoi-Express“ aus Offenbach bis zum „Wikinger“ aus Bremerhaven. Mehrere Dutzend dieser mit unterschiedlicher Lebensdauer ausgestatteten Heftchen erscheinen zur Zeit in der gesamten Bundesrepublik.

Veröffentlichungen dieser Art lassen sich in der Bundesrepublik bis Anfang der 80er Jahre nachweisen. Die Vorbilder der „Skinzines“ stammen aus Großbritannien. Die Ursprünge der Skinhead-Bewegung reichen in Großbritannien bis in die 60er Jahre zurück. Dort entstanden als proletarische Gegenbewegung zu dem eher aus bürgerlichen Schichten stammenden Hippies und Mods die Skins. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre lud sich die Skinhead-Bewegung mit nationalistischem, ausländergefeindlichem und rassistischem Gedankengut auf. Einen regelrechten Boom erlebte die Skinhead-Szene der Bundesrepublik Deutschland nach dem Fall der Mauer im Jahre 1989. Gegenwärtig zählen die meisten der mehreren Tausend Skins zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten, deren Gesamtzahl im vergangenen Jahr auf 6400 Personen gegenüber 6200 im Jahr 1995 angestiegen ist.

Regelfall Indizierung

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche „Skinzines“ von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Berlin, indiziert. Darunter, zum Teil wiederholt, die Zines „Der Aktivist“ des ehemaligen Funktionärs der verbotenen FAP Dieter Riefling aus Oer-Erkenschwick, „Der Angriff“ aus Uslar von Andreas Sacher, „Behnsdorfer Skin Fanzine“ von Andre Feuerschütte alias Krauty aus Grasleben (Kreis Helmstedt), der Schweizer „Berseker“, „Der Bewährungshelfer“ von Klaus Görttemeyer aus Hann Münden (Kreis Göttingen), der „Braune Besen“ („Der Braune Besen ist allen politisch Aktiven gewidmet, die von diesem Scheiß

Judenstaat unterdrückt und verfolgt werden!“) aus Chemnitz, „British Oi!“ aus England, der „Endsieg“ des vorbestraften einstigen NF-Kaders Andreas Gängel aus dem badischen Bruchsal (Kreis Karlsruhe) und „Clockwork Orange“ von Ullrich Großmann aus Coburg. Großmann alias Uhl war in den 80er Jahren Coburger Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ und Autor in „Nation Europa“. Aus Essen stammte das mehrfach indizierte „Ketznerblatt Frontal“ von Andreas Zehnsdorf aus dem Umfeld der FAP – ein Freund von Torsten Lemmer, für den er heute als Chefredakteur von „Rock Nord“ fungiert. Weiterhin landeten auf dem Index: der „Frontkämpfer“ von Martin Tietz aus Kassel, der von der FAP zu den „Deutschen Nationalisten“ wechselte, die „Hass Attacke“ (vormals „White Resistance“) der sächsischen „Hammerskins“ aus Neustadt (Kreis Sebnitz) von Mirko Hesse („En-Es-Skin“), der zuvor bei der heute illegalen „Nationalen Offensive“ aktiv war und schon an den Skinzines „Der Pranger“ und „Der Sturm“ mitwirkte. Indiziert wurden ebenso der „Informationsdienst der Skinheadszenen St. Ingbert“ aus dem Saarland, „Irmgard“ von Christian und Silvia Berisha aus dem niedersächsischen Waddewitz (Kreis Lüchow-Dannenberg), „Der Kampf“ und „Kampfgeist“ von Michael Ehrhardt aus Jena, „Kraft-Odins Erben“ aus Gera und „Midgard“. „Midgard“ von Stevie Berisha aus Barendorf (Kreis Lüneburg) gehörte zur „Skingirl-Front Deutschland“. Der niedersächsische Verfassungsschutzbericht urteilte über die Schrift, daß „die Zielrichtung der bisherigen Ausgaben ganz in der Tradition der ‘NS-Frauensschaft’ lag“. Der „Murgtal Express“ stammte aus dem badischen Weisenbach (Kreis Rastatt), „Oi! Deutsches Echo“ von Alexander (Alex) Kuligowski aus Nürnberg, „Proißens Gloria“ von Markus Dierchen aus Berlin, „Radikahl“ von Dirk Bockrock alias Dicker aus Nürnberg, „Reißwolf“, „Der Ruhrpott“ und „Sachsens Glanz“ von Michael Probst aus Zwenkau (Kreis Leipzig), der „Schlachtruf“ („kultiges Heftchen“) von Martina Janssen aus Freiburg, „Schlagstock“ von Marco Callies aus Kiel. „Der Skinhead“, in der Vergangenheit ebenfalls schon indiziert, der „Hammerskins“ Bremen erscheint unter Beteiligung von Jens Brandt von der Uralt-Band „Endstufe“ und „Hanse Records“. Der indizierte „Skinhead Erwache“ erschien in Wien, die „Skinhead Zeitung“ von Stefan Scharrer in Bamberg, der schwäbische „Staufer Sturm“ von Christian Erich Seidel, Kopf der rund 40 Personen starken neonazistischen Skinhead-Organisation „Staufer-Sturm Göppingen“, in Eislingen (Kreis Göppingen). Amtlich erfaßt wurden desweiteren:

„Stolz und Treue“ von Bernd Christoph aus Neu-Ulm, der österreichische „Streetfight“ von Peter Hofer, der „Totenkopf“ des Schweizer Hammerskins Patrick Iten aus Horw, „United Skins“ aus Königs Wusterhausen des inhaftierten und von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ betreute Carsten Szczepanski (vgl. BNR 4/95) und „Der Völkische“. Die für die „Volkstreue“, Recklinghausen, verantwortliche Lebensschützerin Nicole Nowicki gehörte dem FAP-Umfeld an und war für die bundesdeutsche Sektion der „Women for Aryan Unity“ (WAU) verantwortlich. „Der Vollstrecker“ von Ralf Marschner stammte aus Zwickau. Die Schriften „Wehrt Euch!“ der Berliner „Hammerskins“ und „Wie jetzt“ gehörten ebenfalls zu den indizierten Objekten. Weitere Skinzines waren zur Indizierung vorgesehen. Wie bei den gesamten Indizierungen der Berliner Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften ist problematisch, daß diese administrative Maßnahme erst mit erheblichem zeitlichen Verzug erfolgt und eine Verbreitung dieser wie anderer Schriften nicht wirklich verhindern kann. Teilweise mußten sich presserechtlich Verantwortliche von „Skinzines“ auch für die Inhalte ihrer Pamphlete vor Gericht verantworten. Typischerweise wurden die Mochtetern-Schriftleiter wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angeklagt.

Informations- und Kommunikationsfunktion

Ein Teil der „Skinzines“ wählte den Weg in eine gewisse Professionalisierung. Damit verbunden sind häufig kommerzielle Interessen wie bei dem 27jährigen Fascho-Yuppi Torsten Lemmer, dem umstrittenen, aber erfolgreichen Verleger von „Rock Nord“ sowie Manager, Produzenten und Verkäufer rechter Volksmusik (vgl. BNR 16 + 20/97). Die Auflage von „Rock Nord“ liegt nach Eigenangabe bei 15 000 Exemplaren. „Rock Nord“, streng genommen dem Status eines „Skinzines“ entwachsen, erscheint in der Nachfolge von „Moderne Zeiten“, das sich wiederum auf „Frontal“ und den „Querschläger“ zurückverfolgen läßt. Der „Querschläger“ entstand 1987 als Postille der FAP Essen. Daraus ging das in den Jahren 1991 bis 1993 verbreitete „Frontal“ von Andreas Zehnsdorf hervor. Chefredakteur der von 1993 bis Anfang 1996 erschienen „Modernen Zeiten“ war bereits der

Lemmer-Spezi Zehnsdorf, der zuvor nach sechs Ausgaben das „Ketzerblatt Frontal“ eingestellt hatte. „Rock Nord“ besteht aus rund 36 Hochglanz- und, teilweise, Vollfarbseiten im DIN A4-Format. Allenfalls die im Ausland erscheinenden und als Vorbild dienenden Publikationen „Nordland“ und „Resistance“ („The Music Magazine for the True Alternative“) können mit dem Lemmer-Blatt mithalten.

Die zahlreichen üblichen „Skinzines“ erscheinen teilweise im DIN A4-Format, oder, häufiger noch, in der halben Größe auf DIN A5, zumeist photokopiert und geklammert. Die Seitenzahlen bewegen sich zwischen zwanzig und vierzig Seiten pro Heft; die Auflagenhöhe liegt bei wenigen bis einigen hundert Exemplaren, im Ausnahmefall nahe dem vierstelligen Bereich. Ausgefüllt sind die Seiten mit Interviews, die mit der Szene zugehörigen Band geführt werden oder den Machern von anderen „Zines“, Konzertberichten sowie Besprechungen von CDs und anderen Heftchen der rechten Szene. Daneben finden sich Kurzmeldungen, Nachrichten und, ganz wichtig, die Grüße an die zahlreichen „Kameraden“. Verbunden sind die „Skinzines“ bzw. ihre Macher in erster Linie der „Skinhead-Bewegung“ und deren Organisationen wie den „Hammerskins“ und „Blood & Honour“, von denen sogar ein gleichnamiges „Skinzine“ für die „Division Deutschland“ erscheint. Eine Anlehnung der „Skinzines“ an (partei-)politische Organisationen ist allerdings nicht zuletzt durch die Verbote der vergangenen Jahre selten.

Sönke Braasch

PERSONALIE

München. Der Publizist Ernst Klee (57) erhält von der Stadt München den Geschwister-Scholl-Preis für 1997. Die mit DM 20.000 dotierte Auszeichnung, von der Landeshauptstadt gemeinsam mit dem Verband Bayerischer Verlage und Buchhandlungen e.V. verliehen, wird an den Autor für sein vor wenigen Monaten erschienen Buch „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“ vergeben. In der Begründung der siebenköpfigen Jury heißt es u.a.: „Mit seinem Buch ... knüpft Ernst Klee an seine bahnbrechenden Forschungen zur Euthanasie im 'Dritten Reich' an. Nüchtern und zugleich akribisch dokumentiert er die entsetzlichsten Experimente, die im Namen medizinischer Forschung an wehrlosen Menschen vorgenommen wurden.“ Die Preisverleihung findet am 24. November um 19 Uhr in der großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München statt.

Geschäfte eines Münchner Verlegers:

Nationalismus und Profitstreben

Daß auch Politik ein einträgliches Geschäft sein kann, ist eine vom politischen Standort unabhängige Erkenntnis. Selten aber sind Geschäft und Politik eine so ertragreiche Symbiose eingegangen wie bei der „Deutschen Volksunion“. Der Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey, der die Partei 1987 aus der Taufe hob und sie seither unangefochten als Vorsitzender führt, gibt in Gestalt der „Deutschen Nationalzeitung“ (gegründet 1958 als Deutsche National- und Soldatenzeitung) und der „Deutschen Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“ seit Jahren Deutschlands erfolgreichste nationalistische Wochenzeitungen heraus. Die Auflage lag in den besten Zeiten bei knapp 300 000, sie dürfte auch jetzt deutlich höher liegen als die vom Verfassungsschutzbericht 1996 angegebenen 56 000, wahrscheinlich jedenfalls über 100 000. Neben der Information und Festigung des rechtsextremen nationalen Lagers dienen die Zeitungen in erster Linie der Vertriebswerbung für den Frey'schen Buchdienst, in dem von nationalistischer Dekorationsware über Kriegs- und Revisionismusliteratur bis zu Reisen alles angeboten wird, was Geld abwirft. Der Vorteil der Kombination von Partei und Presseunternehmen hat sich erfahrungsgemäß auch bei

Wahlkämpfen nutzen lassen, wo der Presseunternehmer die Werbung für seine Partei übernehmen konnte. Das zahlte sich für den Verleger allemal aus, auch wenn – wie jüngst wieder in Hamburg – das Wahlziel, Einzug in das Parlament, verfehlt wurde (vgl. BNR 20/97). Der familiäre Reichtum dürfte auch bei der gescheiterten Hamburger Wahl gleichwohl gemehrt worden sein. So kann sich Dr. Gerhard Frey seit Jahren als Finanzier seines eigenen Parteibetriebes DVU präsentieren. Wie der „blick nach rechts“ bei der Darstellung der Rechenschaftsberichte der politischen Parteien seit Jahren unwidersprochen vorgetragen hat (vgl. zuletzt BNR 13/97), durfte davon ausgegangen werden, daß die ausgewiesenen Verbindlichkeiten der DVU – zuletzt 8,5 Mio DM – im wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Parteivorsitzenden herrühren. Wir hatten dabei auch – unwidersprochen – dargelegt, daß dies dem Vorsitzenden einen erklecklichen Zinsertrag irgendwo um eine halbe Million pro Jahr einbringt. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, hat der Parteivorsitzende und Verleger dies nunmehr bestätigt. Das Geld wird wiederum gewinnbringend angelegt: Ehefrau Regine Frey hat die Ertragskraft des Berliner Immobilienmarktes offenbar frühzeitig erkannt und – dem Vernehmen nach – mindestens drei Dutzend Mietshäuser im Angebot. Wahrscheinlich sind sich die wenigsten Parteigenossen der DVU und Leser der Nationalzeitung bewußt, wie hilfreich ihr braunes Scherflein für die Unterhaltung dieses Familienunternehmens ist. BNR

Querelen bei den „Jungen Nationaldemokraten“

Zoff um die „Linie“

Mit der neuesten Ausgabe der den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) nahestehenden Zeitschrift „Einheit und Kampf“ (EuK) wurde ein Schreiben von Markus Privenau und Tanja Bayen verschickt: „Die vorliegende Nummer 19 von EuK ist die letzte Ausgabe, für die Markus Privenau als Mitherausgeber und Chefredakteur verantwortlich zeichnen wird. Er legt mit sofortiger Wirkung seine Posten als Chefredakteur, Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes und Geschäftsführer des Aufruhr-Verlages GbR nieder.“ Die beiden Unterzeichner des Schreibens waren unmittelbar zuvor

ihrer Ämter innerhalb der „Jungen Nationaldemokraten“ enthoben worden bzw. ihre Absetzung war beschlossene Sache. Die zweifache Mutter Tanja Bayen wurde von ihrer Funktion als „Mädelbeauftragte für Niedersachsen und Norddeutschland“ entbunden, obwohl ihr dieses Amt erst wenige Wochen zuvor verliehen worden war. Der einstige Funktionär der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Privenau, war FAP-Landesvorsitzender in Bremen, sollte von den beiden übrigen Gesellschaftern des „Aufruhr-Verlages“, Steffen Hupka und Jens Pühse, als Geschäftsführer des Verlages und als Chefredakteur von „Einheit und Kampf“ abberufen werden. Der ehemalige Schriftleiter der „HNG-Nachrichten“ Privenau hatte erst zum Jahresbeginn mit der siebzehnten Ausgabe die EuK übernommen. Zuvor mußten der vormalige JN-Landesvorsitzende von Hamburg Jan Zobel und der ehemalige JN-Bun-

desvorsitzende Andreas Storr, Berlin, wegen ihres Kurses („progressiver Nationalismus“) die EuK-Redaktion (vgl. BNR 5/97) verlassen. Als Ursache für die personellen Maßnahmen nennen Privenau und Bayen („Frauen müssen von Frauen geführt werden!“) die Abweichung von der „JN-Linie“, deren Existenz im übrigen von den Geschaßten grundsätzlich bezweifelt wird. „Ein absurder Vorwurf, denn es gibt bis heute weder so etwas wie eine ‘JN-Linie’ noch liegt ein Konzept für EuK vor.“ Tatsächlich scheint es um die Frage zu gehen, ob, und wenn ja, welche Abgrenzung der rund 200 Mitglieder starken NPD-Jugendorganisation gegenüber militanten Neonazis gelten soll. Besonders pikant ist dabei sicherlich, daß Pühse und Hupka in der Vergangenheit der 1992 verbotenen neonazistischen „Nationalistischen Front“ angehörten. Privenau und Bayen verweisen in ihrem Schreiben auf ein Wort des derzeitigen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, das dieser im Rahmen des JN-Bundeskongresses im Mai 1997 an die Anwesenden richtete: „Es wird keine zweite Entnazifizierung innerhalb der NPD geben.“

Die Auflage der „Einheit und Kampf“ liegt nach Eigenangabe weiterhin bei 3000 Exemplaren und erfährt eine Verbreitung über die „Jungen Nationaldemokraten“ und ihr Umfeld hinaus. Enthalten sind in der aktuellen EuK-Ausgabe vor allem Berichte von braunen Kundgebungen wie dem 1. Mai, dem 24. Mai in Bad Segeberg oder dem verbotenen „Ruhrkampftag in Dorsten“, aber auch Beiträge zu Anti-Antifa-Aktivitäten der Rechtsextremisten. Daneben finden sich Artikel über die rechte Musikszene. Ein Interview mit dem Pressereferenten der slowenischen Band „Laibach“ unterstreicht deren Nähe zu faschistischen Ideologemen. Weiterhin sind ein Konzertbericht über „Death in June“ und diverse CD-Kritiken enthalten. Zu Rudolf Heß findet sich ein NS-apologetischer Artikel zwecks Vorbereitung der Aktivitäten anläßlich des zehnten Todestages des einstigen Stellvertreters von Adolf Hitler. Dabei wird der Kriegsverbrecher Heß zum „vielleicht größten Idealisten, den die Welt je geboren hat“ und zur „Verkörperung eines seiner Freiheit beraubten Volkes“ stilisiert.

Sönke Braasch

Kein sonniger Lebensabend **Altnazi abgetreten**

Im Alter von 85 Jahren ist am 4. Oktober d.J. der Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer im Alter von 85 Jahren in seinem Exil im spanischen Marbella verstorben. Der Nazi-General war am 20. Juli 1944 maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstands gegen Hitler beteiligt und dafür vom Führer befördert worden.

Seiner braunen Gesinnung blieb Remer stets treu: 1949 war Remer Mitgründer und dann stellvertretender Bundesvorsitzender der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP). Wegen übler Nachrede auf die Widerstandskämpfer des 20. Juli verurteilte ein Braunschweiger Gericht Remer 1952 zu drei Monaten Haft. 1959 wurden ihm vom Bund wegen fortwährender rechtsextremistischer Agitation seine Pensionsansprüche aus der Wehrmachtszeit gestrichen, was später durch Gnadenlaß des früheren Bundespräsidenten Scheel zunächst teilweise rückgängig gemacht, allerdings 1985 von Bundespräsident von Weizäcker erneut widerrufen wurde, so daß ab 1986 die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte für Remers Lebensunterhalt einspringen mußte. Nach seiner Rückkehr aus dem Nahen Osten, wohin es Remer

Mitte der 50er Jahre verschlagen hatte, wurde im April 1983 auf Remers Initiative hin die neonazistische „Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) - ein Sammelbecken für Alt- und Jungnazis - gegründet, deren Vorsitz er bis 1990 innehatte. Daneben war Remer gerngesehener Gast bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten im In- und Ausland; besonders bemüht war er auch stets um den braunen Nachwuchs, der ihm als Idol huldigte. In Sachen Revisionismus machte der Altnazi neben diversen Veranstaltungen zur „Auschwitz-Lüge“ in den vergangenen Jahren insbesondere durch die vom ihm herausgegebene antisemitische Hetzschrift „Remer-Depesche“ (heute „Deutschland-Report“) und das von ihm versandte holocaustleugnende „Rudolf-Gutachten“, ein pseudowissenschaftliches Traktat, das die Existenz von Gaskammern in Abrede stellte, Furore.

Remer, mehrfach von deutschen Gerichten wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt, entzog sich 1994 einer rechtskräftigen Verurteilung zu 22 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung durch Flucht nach Spanien. Dank höchstrichterlicher Entscheidung durfte er dort seine letzten Lebensjahre verbringen (vgl. auch BNR 16/97).

G.N.

Szenen einer Kleinstadt:

„Pferdewurst-Rassismus“

Wer einen aufmerksamen Blick in die Gaststätten-Fenster von Stade (Niedersachsen) warf, konnte bis vor wenigen Tagen den Eindruck gewinnen, daß Pferdewurst eine bei Einheimischen und Touristen beliebte Speise ist. Tatsächlich benutzten einige Gastwirte die Anpreisungen von Pferdefleisch, um unerwünschte Gäste abzuhalten. „Pferdewurst-Rassismus“ nannte ein heimischer Journalist das kleinstädtische Phänomen.

Seit Jahren hingen Pferdewurst-Schilder in den Kneipenfenstern, häufig waren es gezeichnete Pferdeköpfe. Was nur wenige wußten oder wissen wollten: Das Pferd ist für die Volksgruppe der Sinti und Roma, die in der Bevölkerung bis heute Zigeuner genannt werden, ein heiliges Tier – ähnlich wie bei den Indern die Kuh. Die Stammesgesetze verbieten ihnen Lokale aufzusuchen, in denen Pferdefleisch serviert wird. Diesen Umstand machten sich einige Stader Gastwirte zunutze, um die ungeliebte Kundschaft fernzuhalten. Wenn es nur darum gegangen wäre, die Wurst zu verkaufen, hätte ein Hinweis in der Speisekarte genügt. Die Schilder mit Pferdekopf sollten aber auch jene Sintis verstehen, die nicht lesen können.

Ein Gastronom erzählt: Andere Gastwirte hätten ihm bei der Eröffnung geraten, ein Schild ins Fenster zu hängen, „Pferdewurst 3,50 DM“, sollte er schreiben, dann hätte er keinen Ärger mit Zigeunern oder Rumänen. Falls jemand eine Wurst bestellte, sollte er einfach sagen: „Die ist gerade ausgegangen.“ Später wurde der Wirt von einem Gast über die wirklichen Hintergründe des Schildes aufgeklärt. Der Pferdekopf verschwand aus dem Fenster. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ deckte unter dem Titel „Tip vom Metzger“ den „Pferdewurst-Rassismus“ auf. Dabei geriet auch Stades stellvertretender Oberkreisdirektor Gunter Armonat ins Kreuzfeuer der Kritik. Er ist an einem Haus beteiligt, dessen Pächter per Schild Pferdewurst anbot und auch tatsächlich verkauft. Armonat habe laut „Spiegel“ von den Hintergründen gewußt. In einer öffentlichen Kreistagssitzung stellte er klar: „Ich lehne jede Form von Rassismus ab. Ich wehre mich gegen den Rassismus-Vorwurf des ‘Spiegels’.“ Viele persönliche Kontakte zu Menschen in Rußland, Polen, Lettland, Israel und anderen Staaten sowie die Patenschaft eines Kindes in Mali zeigten deutlich,

daß der Vorwurf nicht zutreffend sei. Auch für den Pächter des Hauses gab Armonat die Erklärung ab, daß dieser „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit entschieden ablehnt“. Das Pferdekopf-Schild wurde inzwischen entfernt. Doch kein Wort über Sinti und Roma, wie die Grünen kritisierten. Alle im Rat der Stadt Stade vertretenen Parteien beschlossen einstimmig eine Resolution: „Der Rat der Stadt Stade distanziert sich mit Nachdruck von Versuchen einiger Stader Gastwirte, Sinti und Roma vom Besuch ihrer Gaststätten durch Pferdewurst-Schilder abzuhalten. Der Rat fordert die betreffenden Gastwirte auf, die diskriminierenden Schilder zu entfernen.“ Mit Gastwirten, die das Schild bisher nicht entfernt hätten, solle geredet werden. In manchen Kneipen wird weiterhin Pferdewurst verkauft und sie werden deshalb nicht von Sintis betreten. Doch der offensichtliche Rassismus, die deutliche Ausgrenzung von Menschen ist verschwunden. Zumindest aus den Kneipenfenstern. Aus den Köpfen sind Vorurteile und Abneigung gegenüber dieser Volksgruppe damit noch lange nicht beseitigt.

Torsten Borchers

Bröckelndes Bündnis

Großspurig hat sich das „Bündnis rechts“ in Schleswig-Holstein bislang damit gerühmt, immer 100 bis 150 Anhänger für Vortragsveranstaltungen mobilisieren zu können – so war es bei drei Treffen 1996 und 1997 in Hartenholm (Kreis Segeberg) und Nortorf (Kreis Rendsburg/Eckernförde – zweimal) auch der Fall. Bei der jüngsten Zusammenkunft in Ottendorf (bei Kiel) erschienen jedoch lediglich 70 Gefolgsleute aus dem Spektrum NPD, DLVH und parteiunabhängige Neonazis. Organisiert wurde das Treffen wie die vorhergehenden Male auch von NPD-Aktivistin. Angemietet hatte den Saal in Ottendorf Günter Kawlewski aus Kiel (76 Jahre), der seit 1967 das Parteibuch der NPD hat. Für die Einladungen zeichnete Jens Katzer (einst JN-Funktionär in Schleswig-Holstein) verantwortlich. Als Referent trat diesmal Albert Lämmel auf. Er nahm sich das Thema „Neue Wirtschaftsordnung im deutschen Volksstaat“ vor. Ferner war ein Bericht zur „allgemeinen politischen Lage“ vom NPD-Landesvorsitzenden Uwe Schäfer (Plön) auf der Tagesordnung. Postalisch und telefonisch erreichbar ist das „Bündnis rechts“ über Ingo Stawitz in Uetersen. In den Ausführungen des „Bündnisses“ wird bedauert, daß die Kräfte der DVU und „Republikaner“ sich noch nicht dem Zusammenschluß angeschlossen haben.

H.F.

Ein Kronzeuge für rechte Politik

Prophet der Ungleichheit

Daß die Menschen ungleich seien, war stets seine Grundthese. Nun ja, zum Beispiel leben die einen kürzer, die anderen länger. Bei ihm dauerte es immerhin 81 Jahre, bis ihn Anfang September der Tod in London ereilte. Mit NS-Ideologie hatte Hans Jürgen Eysenck selbstverständlich nichts zu schaffen. Schließlich war er 1934 vor den Nazis geflohen, da er nicht in die NSDAP eintreten wollte, um studieren zu dürfen. Seine Anhänger in der Nachkriegszeit feierten ihn als „Papst der Verhaltensforschung“. Bei genauerem Hinsehen entpuppte er sich allerdings als ordinärer Rassist, der seine Thesen wissenschaftlich verbrämte. Wenn man über Tote nur Gutes sagen soll, dann müßte man jetzt über Eysenck schweigen.

Der 1916 geborene Eysenck studierte zunächst französische und englische Geschichte und Literatur in Dijon und Exeter, später Psychologie in London. Seiner Promotion 1940 folgte die Ernennung zum Professor am Lehrstuhl für Psychologie der Universität London im Jahre 1955. Dort lehrte er bis zu seiner Emeritierung 1983. Der heftige Gegner der Psychoanalyse war zugleich Herausgeber der Zeitschrift „Personality and Individual Differences“. Zahlreiche Bücher in Millionenaufgabe und zahllose Aufsätze machten ihn ebenso international bekannt wie seine Arbeit als Abteilungsleiter am Psychiatrie-Institut des Maudsely-Hospitals. Sie machten ihn aber auch zu einer Persönlichkeit, die politisch und wissenschaftlich scharf umstritten war und ist.

Rassismus „wissenschaftlich“ begründet

Bei seinen Kollegen machte er sich wissenschaftlich u.a. dadurch unbeliebt, daß er behauptete, die Heilungschancen von Neurose-Patienten seien mit oder ohne Behandlung nach zweijähriger Beobachtung statistisch gleich hoch bzw. niedrig zu veranschlagen. Wie andere führende Vertreter der „rassistischen Internationale“ (Michael Billig) vertraute er auf die Aussagekraft von Intelligenztests und veröffentlichte mehrere Bände zu diesem Thema (Intelligenztests, 1972; Intelligenz - Struktur und Messung, 1980). Für ihn waren angebliche IQ-

Unterschiede zwischen „Schwarzen“ und „Weißen“ weitgehend auf die Vererbung zurückzuführen. Einflüsse des Milieus, der Schule und des Elternhauses seien dagegen sehr gering. Das Verhältnis der Vererbung zu den letztgenannten Faktoren liege bei 80 zu 20.

Es kann kaum verwundern, daß solche Positionen von der extremen Rechten begierig aufgegriffen und zur „wissenschaftlichen“ Begründung ihres Rassismus herangezogen wurden. In der breiten Öffentlichkeit war man zunächst noch vorsichtiger: Der 1971 veröffentlichte Band „Race, Intelligence and Education“ erschien vier Jahre später auf deutsch mit dem weniger verfänglichen Titel „Vererbung, Intelligenz und Erziehung“. Auch für die 1977 erfolgte italienische Übersetzung wurde ein Titel gewählt, der weniger negative Erinnerungen an die jüngere Geschichte heraufzubeschwören drohte. Das historische Assoziationen weckende Wort „Rasse“ wurde damals noch peinlich vermieden. Hinter quasi verschlossenen Türen, bei der „Elite“ dagegen konnte schon eher Klartext geredet werden. So kam es 1966 zu einem Auftritt von Eysenck bei einem Symposium der damals unter Leitung von Armin Mohler stehenden Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung.

Mohlers befruchtende Wirkung auf die Arbeit der Nouvelle Droite bestätigte sich auch in diesem Fall. Der GRECE griff Eysencks Gedankengut freudig auf, dieser stellte als Ausgleich seinen Bekanntheitsgrad werbewirksam zur Verfügung. Seit 1974/75 wurde er im Patronatskomitee der „Nouvelle Ecole“ geführt, 1977 referierte er beim nationalen Kolloquium des GRECE. Letzterer publizierte 1975 in seinem Hausverlag „Copernic“ außerdem unter dem programmatischen Titel „L'inégalité de l'homme“ („Die Ungleichheit der Menschen“) die Übersetzung eines Bandes. Damals befand sich die Nouvelle Droite noch in ihrer biologistischen Phase. Später, als der Rassismus wesentlich kulturalistisch begründet wurde, griff man in diesen Kreisen nicht mehr auf Eysenck zurück.

Bei den anderen Fraktionen der extremen Rechten jedoch blieb Eysencks Einfluß ungebrochen. So referierte er im Juli 1982 in Bochum beim Kongreß „Die natürliche Ungleichheit der Menschen“ des Freien Deutschen Autorenverbandes, einer Schnittstelle zwischen der extremen Rechten und dem etablierten Konservatismus. Mehrfach kam Eysenck breit in der „National-Zeitung“ Gerhard Freys noch Ende der achtziger Jahre zu Wort, zur gleichen Zeit wetterte er in der italienischen neo-

faschistischen Zeitschrift „L'Uomo Libero“ gegen den Freud'schen Ansatz der Psychoanalyse.

Als Bernhard Willms dann 1988 den dritten Band seines „Handbuchs zur deutschen Nation“ unter dem Rahmenthema „Moderne Wissenschaft und Zukunftsperspektive“ vorlegte, da durfte selbstverständlich ein Fachmann wie Eysenck nicht fehlen. Eingerahmt von Mitarbeitenden wie Sigrid Hunke und Elisabeth Noelle-Neumann, die sich im Gegensatz zu Eysenck ihre ersten Meriten innerhalb des NS-Staates erarbeitet hatten, verbreitete er sich über „Psychologie und Gesellschaft“, um die „Beiträge der modernen Seelenkunde zur Lösung sozialer Fragen“ darzulegen. Offenkundig wurde dabei vor allem eines: daß es zwar gesellschaftliche Probleme gibt, diese seiner Meinung nach jedoch fast ausschließlich auf individuellen

Faktoren beruhen. Bereits in der Einleitung dieses Aufsatzes heißt es: „Unsere wirklichen Probleme sind psychologischer Natur, es sind Probleme, die von den Menschen in ihren mannigfaltigen Wechselbeziehungen erzeugt werden: Streiks, Krieg, Schwierigkeiten in der Ehe, Arbeitslosigkeit, politische Krisen, Versagen in der Schule, auf der Universität oder im Beruf und so fort. Die Psychologie steckt noch in den Kinderschuhen, aber sie hat schon erhebliche Fortschritte dabei gemacht, Methoden zur Behandlung wenigstens einiger dieser Probleme zu entwickeln.“ (S.69) Hier geraten natürlich gesellschaftliche und persönliche Interessen an Zuständen, die als krisenhaft und problembeladen betrachtet werden, aus dem Blick. Auch darin liegt Eysencks Wert für die verschiedenen Spielarten rechter Politik.

Jean Cremet

FDP-Ableger auf Abwegen **Neue Zielgruppe im Auge?**

Stuttgart. In rechtsextremen Gazetten wie „Nation+Europa“, „Junge Freiheit“ sowie „Frieden 2000“ wirbt der „Cannstatter Kreis“, der u.a. Front gegen den Euro macht und für eine rigide Ausländerpolitik eintritt, neuerdings um neue Mitglieder und Anhänger.

Gegründet wurde der „Cannstatter Kreis“ am 4. Februar 1994 in Stuttgart - Bad Cannstatt. Der Gründung ging eine Großveranstaltung des innerparteilich als rechts stehenden FDP-Ortsverbandes Bad Cannstatt (Stadtteil von Stuttgart) mit Jörg Haider im Februar 1993 voraus. Gründungsinitiator war Hans Manfred Roth (Jahrgang 1936), der auch FDP-Chef in Stuttgart-Bad Cannstatt ist. Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des „Cannstatter Kreises“ im März trat der bisherige Vorsitzende Roth wenige Minuten nach seiner Wiederwahl von seinem Amt zurück und erklärte seinen Austritt aus der Vereinigung. Nach Angaben Roths, Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, wurden Leute in den Vorstand gewählt, die er als rechtsextrem einstuft. Die „Rechtslastigkeit des neuen Vorstands“ sei für ihn „nicht akzeptabel“. Dem neuen Vorstand gehören u.a. Wolfgang Gäbler, JF-Leserbriefschreiber und Hans-Ulrich Kopp, rechtsextremer „Hans Dampf in allen Gassen“ (u.a. „Burschenschaft Danubia“, „Witikobund“) an. Referenten bei Vortragsveranstaltungen des „Cann-

statter Kreises“ waren neben Haider u.a. Alexander von Stahl und Alfred Mechttersheimer. In jüngster Zeit referierten auch Markus Heggenberger (Referent bei den Dresdner Freitagsgesprächen, JF-Autor), Distriktoberer Deutschland der rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St.Pius und Heinz-Lothar Barth (Autor in der rechtsextremen Postille „Die Umwelt“), Leiter des Bonner Studentenkreises von St.Pius. Zum engeren Umfeld des „Cannstatter Kreises“ zählt des weiteren Steffen Ernle, Autor der „Jungen Freiheit“, NE-Leserbriefschreiber und einst REP-Kreisrat.

A.M.

HINWEIS

Dortmund. Eine Fachmesse „Europa der Kulturen“ - mit Diskussions-, Präsentations- und Kulturangeboten - findet am 12./13. Dezember 1997 in Dortmund statt. Getragen wird die Veranstaltung, die im Rahmen des „Europäischen Jahres gegen Rassismus“ stattfindet, von Gewerkschaften, Sport- und Wohlfahrtsverbänden sowie weiteren Initiativen und Organisationen. Ziel ist es, einer breiten Öffentlichkeit kulturelle und politische Aktivitäten zu präsentieren und über Möglichkeiten einer weiteren Vernetzung der antirassistischen Arbeit der Verbände und Gruppen zu diskutieren.

Informationen für interessierte Personen, Initiativen, Verbände, Kulturgruppen etc. bei: Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel. 0211/4301-342, Fax -/4302-134.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF)-12.Jg.,Nr.39-41/97:
Karlheinz Weißmann erkennt Gemeinsamkeiten zwischen Schotten und Deutschen, beide blickten zurück auf eine „stolze Geschichte bei kläglichem Gegenwart“, seien sich ähnlich in „allzuwillige(r) Kollaboration mit dem siegreichen Feind“ (39/97). Alain de Benoist, Chefdenker der französischen Neuen Rechten, begründet die Schwäche der bürgerlichen Rechten in Frankreich mit deren angeblicher Sozialdemokratisierung; von dieser Entwicklung habe der Front National profitiert. Der Abgeordnete des rechtsextremen belgischen „Vlaams Blok“ in Brüssel, Francis Van den Eynde, erläutert im Interview die Grundpositionen seiner Partei: nein zum Euro, kein Wahlrecht für alle Nichtflamen in Flandern, Ausweisung von 500 000 Gastarbeitern, Kampf um die Unabhängigkeit Flanderns. Nach JF-Leseart haben die USA durch die militärische Aufrüstung Stalins den Zweiten Weltkrieg entscheidend beeinflusst und trügen somit Schuld an der Besetzung osteuropäischer Länder und „Ost- und Mitteldeutschlands“ durch die Sowjetunion. Hans-Helmuth Knütter würdigt den umstrittenen verstorbenen Verhaltensforscher Hans Jürgen Eysenck (vgl. S. 8) als unbeirrbar kämpfer gegen den Zeitgeist (39/97). Im Blickpunkt der nächsten Ausgabe der Ausgabe der Hamburger Wahlen vom 21. September. JF-Chefredakteur Dieter Stein ist enttäuscht über das schlechte Abschneiden von REP und BFB; die DVU, die „groteske politische ‘Rechte‘“, zu deren Wahl es „eine gewisse Ekelgrenze zu überwinden“ gelte, drohe die sich zivilisiert artikulierenden „ernsthaften parteipolitischen Ansätze zu zertrampeln“ (40/97). Prof.Günter Rohrmoser (Hohenheim) lobt dafür im Interview die „Republikaner“ als „eine im Grunde genommen demokratische Rechte“. Alfred Mechttersheimer setzt ebenso weiterhin auf die REP, in deren Stimmenrevier nun auch der BFB, mit allerdings qualifizierterem Personal, wildere. Noch-FDP-Mitglied Heiner Kappel sieht im Abschneiden des BFB mit 1,3 Prozent immerhin „eine gewisse politische Präsenz“ (40/97). Als skandalöses „Präsidenten-Mobbing“ bewertet die JF die von der Bundeszentrale für Politische Bildung vertriebene Broschüre über „Antisemitismus in den Medien“, die Beispiele anführe, wo Ignatz Bubis für einen israelischen Staatsbürger gehalten wurde, was schließlich auch Behördenchef Reichert ge-

glaubt habe (im Januar 1996) und das dem nun hinterhältig vorgehalten würde. Ein wahres Horrorszenario entwickelt Rolf Stolz ob der Gefahr einer bevorstehenden Islamisierung der Bundesrepublik durch das „organisierte Türkentum“, das das deutsche Volk entmachten und entmündigen wolle. „Zeitgeschichtler“ Alfred Schickel hat ein „Zeitzeugnis“ gefunden, das ihn rasonieren läßt, inwieweit die Nürnberger Todesurteile gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher schon vorher festgelegt worden seien (40/97). Detlef Kühn, ehemals Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, beklagt das mangelnde Bekenntnis der Deutschen zur eigenen Nation (41/97). Eine Ehrenerklärung für die Mitglieder der Waffen-SS, „dieser Elite-Soldaten“, hat JF-Autor Kai Guleikoff zu Papier gebracht. Der CDU-Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, läßt im JF-Interview kein gutes Haar an der rot/grünen Landesregierung (41/97). Lob erhalten die vom Front National regierten französischen Städte wegen des nunmehr ausgewogenen (!!!) Angebots an Zeitschriften und Büchern - und denen nun die französische Kulturministerin per Gesetz den Geldhahn zudrehen wolle (41/97).

HINWEIS

„Hafen der Hoffnung“

Frankfurt. Im Rahmen des Schwerpunktthemas Portugal der Frankfurter Buchmesse 1997 zeigt das Goethe-Institut Lissabon vom 9. Oktober bis 30. November die Ausstellung: „Lissabon 1933-1945. Fluchtstation am Rande Europas“. Zu besichtigen ist die Ausstellung im Museum Judengassen, Kurt-Schumacher-Str.10, 60311 Frankfurt. Auskunft unter der Rufnummer: 069/2977419. Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 und die Besetzung der Nachbarländer Deutschlands seit 1939 zwangen Juden und andere Gegner Hitlers, in Länder zu fliehen, in denen sie sich vor Verfolgung sicher fühlen konnten. Bevorzugtes Ziel war zunächst Frankreich. Erst als Frankreich 1940 von den Deutschen besetzt wurde, wurde Lissabon zum nunmehr einzigen „Hafen der Hoffnung“, aus dem ca. 100 000 Europäer in die Freiheit nach Übersee entkommen konnten. Das Goethe-Institut Lissabon hat versucht, diese Ereignisse zu dokumentieren. In der Ausstellung werden auch die Lebenswege und -umstände einzelner Flüchtlinge und ihrer Familien aufgezeigt.

Verstrickung einer Disziplin in die NS-Rassenpolitik

Die Bürde der Vergangenheit

Bevölkerungswissenschaftler in Deutschland fühlen sich mit dem Odium behaftet, Instrument der NS-Bevölkerungspolitik gewesen zu sein. Das hat nicht nur die Entwicklung der Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg behindert: In Frankreich gibt es heute fünfzig Lehrstühle, in den Niederlanden und Belgien jeweils zehn und in Deutschland ganze drei. Während weltweit Probleme der Bevölkerungsentwicklung – sprunghaftes Wachstum in den Drittweltländern, Stagnation und zunehmender Anteil der alten Menschen in den Industrieländern – hohe Beachtung finden, hat die Bevölkerungswissenschaft Mühe, mit ihren Arbeitsergebnissen bei der Politik Gehör zu finden. Ihr Problem: wann immer bevölkerungswissenschaftliche Themen, angefangen mit Zensen, Modellrechnungen, Prognosen zur Diskussion stehen, wird das Gespenst einer pervertierten Nazi-Bevölkerungspolitik beschworen, die auf Heranzüchtung einer Herrenrasse, Ausmerzung sog. unwerten Lebens und Vernichtung als minderwertig abqualifizierter „nicht-arischer“ Bevölkerungen ausgerichtet war. Adolf Hitler hatte in seiner Haftzeit in Landsberg das einschlägige Werk der rasse-hygienischen Bewegung der Weimarer Zeit, den „Baur-Fischer-Lenz“ gelesen und in „Mein Kampf“ verarbeitet: In Eugenik und Rassenhygiene glaubte er den Schlüssel für die Verwirklichung seiner Pläne für eine Vorherrschaft der germanischen Rasse gefunden zu haben. Und – noch vor dem 30. Jänner 1933 fanden sich Wissenschaftler, die der NSDAP und später dem Führer hilfreich waren, Pläne zu entwickeln, wie er seine kruden Politikvorstellungen umsetzen konnte. Friedrich Burgdörfer, Eugen Fischer, Hans F. K. Günther, Fritz Lenz oder Ottmar Frhr. von Verschuer etwa waren die „Großen“, die gefragt oder ungefragt der SS Denkschriften zum Absterben des deutschen Volks und wie man das verhindern kann oder zur Besiedlung der im Osten eroberten Gebiete unterbreiteten.

Wenn sich die Bevölkerungswissenschaft heute angegriffen fühlt, so hat das mehrere Gründe. Zum einen glaubt sie sich für Fehlentwicklungen in wissenschaftlichen Disziplinen in Haft genommen, die in die Bevölkerungswissenschaft „eingedrungen“

sind. Ausgang nahm diese Wissenschaft im frühen 18. Jahrhundert mit dem anglikanischen Geistlichen Thomas Robert Malthus und dem preußischen Pfarrer Johann Peter Süßmilch, die unter Einbeziehung statistischer Methoden eine Bevölkerungstheorie entwickelten. Anders aber als in Nachbarländern hat sich in Deutschland nie eine eigenständige Bevölkerungswissenschaft entwickelt, andernwärts nennt sie sich „Demographie“. Die Staatswissenschaft, später Soziologie und andere Wissenschaften befaßten sich am Rande mit Bevölkerungslehre. Hauptdiskussion auf einem Colloquium unlängst in der Reimars-Stiftung war daher auch die Frage nach Definition und Selbstverständnis der Bevölkerungswissenschaft(-en) in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach Kriegsende saßen hier Vertreter von Bevölkerungslehre und Wissenschaftsgeschichte beisammen, um die längst fällige „Aufarbeitung“ der Geschichte der Bevölkerungswissenschaften anzugehen. Die Initiative kam aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und seinem Kuratorium. Problem Nr. 2 der Bevölkerungswissenschaften ist, daß nach dem Krieg – als sie nach den stürmischen Entwicklungen im Dritten Reich wieder bei Statistik und Soziologie untergekommen waren –, tonangebend Frauen und Männer waren, die eine erhebliche Belastung aus der NS-Zeit mit sich brachten: Hermann Arnold, Hans Harmsen, Gunther Ipsen, Siegfried Koller, Ilse Schwidetzky, um nur einige zu nennen; aber auch die Arbeiten des vom Lebensalter her unverdächtigen ersten Direktors des Bundesinstituts, Hans-Wilhelm Jürgens, erweckten gelegentlich den Eindruck, als sei dieser Wissenschaft der Abschied von den alten Lehren nicht gelungen. Angesichts personeller Kontinuitäten unterblieb folglich, nicht anders als in anderen Disziplinen, jegliche ernsthafte Auseinandersetzung. Ansätze zur Aufarbeitung in der Berufsvereinigung, der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, endeten zumeist im Streit. Erst im Gefolge der 68er nahmen sich kritische Autoren (Götz Aly, Heidrun Kaupen-Haas, Gerd Müller-Hill oder Karl-Heinz Roth), stellvertretend, dafür mit einer die Wissenschaft pauschal verurteilenden Heftigkeit, des Thomas an. Die jetzt von innen in Gang gekommene Diskussion soll, das betonten die Vertreter, nicht dem Ziehen von Schlußstrichen dienen; die Bürde der Vergangenheit läßt sich so nämlich nicht beiseitigen. Es geht darum, einer Wissenschaft, der in allen Staaten der Welt aus gegebenem Anlaß ein wichtiger Stellenwert zukommt und der man mit Voreingenommenheit begegnet, ihre Befangenheit zu nehmen.

Klaus-Henning Rosen

BÜCHERSCHAU

Kein Märtyrer

Um die Hintergründe und Motive des Fluges von Rudolf Heß nach Großbritannien am 10. Mai 1941 ranken sich auch heute noch Legenden und Mythen, die den Stellvertreter Hitlers in diesem Zusammenhang je nach Sicht als „Friedensflieger“, „Gesandten des Führers“ oder „politischen Toren“ verstehen. Geschürt wurden und werden derartige Deutungen neben journalistischen und politischen Interessen durch das eigenartige Gebaren der britischen Regierung hinsichtlich der verweigerten Öffnung der Archive. Zentrale Bestände von Dokumenten sind entweder nicht zugänglich, verschollen oder wurden offenbar planmäßig vernichtet. Von daher blühten denn auch die abenteuerlichsten Erklärungsversuche, hielten sich die Historiker angesichts der ungewöhnlich dürftigen Quellenlage und der damit zusammenhängenden höchst schwierigen Ausgangssituation eher zurück. Der Würzburger Historiker Rainer F. Schmidt wagte sich nun mit seiner Habilitationsarbeit an dieses Thema, wobei er auf Basis der Kenntnis neuerer, teilweise erst jüngst zugänglicher Archivbestände arbeitete. Dazu gehörten etwa die Churchill Papers und weitere britische wie sowjetische Bestände und die bislang gesperrten Heß-Akten des Foreign Office. Mit seinem Buch „Rudolf Heß ‘Botengang eines Toren’?“ beansprucht Schmidt, die wahren Hintergründe des Heß-Fluges aufzuklären.

Einleitend beschreibt er zunächst die schwierige Quellenlage und kommentiert kritisch alte Spekulationen. Die ersten beiden darauf folgenden Kapitel liefern biographisch-politische Angaben zu Rudolf Heß, der einerseits ein kritikloser Diener und Günstling des „Führers“, andererseits ein Imperator ohne Imperium gewesen sei. Schmidt hebt dabei hervor, daß Heß keineswegs nur ein regimetreuer Mitläufer und bloßer Mitunterzeichner der nationalsozialistischen Unrechtsgesetze gewesen sei. Vielmehr verfügte Heß bis 1936 über einen durchaus mächtigen Apparat, der etwa im Prozeß der Gleichschaltung ebenso wie bei der Kontrolle der Gauleiter von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Besonderes Interesse in diesem Kontext verdient Schmidts Hinweis, daß Heß

bereits 1936 in einer öffentlichen Ansprache den „Weg des Untergangs des jüdischen Volkes“ andeutete (vgl. S. 73). Indessen verlor der Stellvertreter des „Führers“ ab jener Zeit auch immer mehr an Einfluß und Macht innerhalb des NS-Machtgefüges. Nach diesen Ausführungen zur Person von Heß widmet sich Schmidt in seiner Darstellung mehr den konkreten Rahmenbedingungen für den späteren Flug und versucht dabei, seine Deutung des Ereignisses zu begründen. Es geht im einzelnen um die Absichten von Heß, Kontakte nach England und die Einleitung der Friedensinitiative, den britischen Anteil an der Vorgeschichte des Fluges mit den Mitteln der Desinformation und Provokation, Reaktionen auf den Flug bei Hitler und im NS-Deutschland sowie bei der britischen Regierung und Bevölkerung, die politische Instrumentalisierung der Affäre Heß durch das britische Foreign Office und Stalins Antwort auf den Heß-Flug.

Schmidt kommt insgesamt zu folgender Deutung der Ereignisse: „Heß war nicht jener tumb Tor, der ohne den geringsten Blick für die Realitäten des deutsch-britischen Verhältnisses im Frühjahr 1941 in seiner Me 110 gen Dungaval startete, und er handelte keineswegs mit geheimer Zustimmung oder gar in offiziellem Auftrag seines ‘Führers’. ... Sein Flug vom 10. Mai 1941 war vielmehr das Resultat seiner seit den frühen dreißiger Jahren sich immer intensiver gestaltenden Kontakte zur britischen Oberschicht... Das Unternehmen war zudem eine Reaktion auf Heß’ zunehmende Marginalisierung in der nationalsozialistischen Führungsspitze, auf einen schleichenden Kompetenzen- und Autoritätsverfall, der Heß Ausschau halten ließ nach einer kühnen, aufsehenserregenden Tat, um die Gunst seines ‘Führers’ zurückzugewinnen... Vor allem aber war der Flug die Konsequenz einer Intrige des britischen Geheimdienstes, der die deutsche Seite und Heß insbesondere mit Falschinformationen über die wahre Lage in England förmlich bombardierte, der in großem Stil Gerüchte über eine mögliche Ablösung Churchills ausstreute und seit dem November 1940 im Namen Hamiltons eine Korrespondenz mit dem Führerstellvertreter führte, die Heß zu der Schlußfolgerung brachte, daß tatsächlich jene aktionsbereite Gruppe schottischer Adelliger mit besten Verbindungen zum Königshaus existierte, die den

Weg zu einem Frieden frei machen werde, wenn man ihr nur ein untrügliches Zeichen ernsthaften deutschen Ausgleichswillens gebe“ (S. 271f). Allerdings bot der nicht dazu autorisierte Heß für eine diesbezügliche Übereinkunft keine weiteren Zugeständnisse an, als sie Hitler ohnehin in öffentlicher Erklärung verlauten hatte lassen. Insofern bezweckte er eben keinen generellen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand zwischen Deutschland und Großbritannien, damit der NS-Staat freie Hand auf dem Kontinent und insbesondere gegenüber der Sowjetunion hätte.

Schmidts Deutung des Heß-Fluges als Folge einer Intrige des britischen Geheimdienstes wird kenntnisreich und sachlich dargeboten, kann allerdings in dieser Zuspitzung nicht überzeugen. Zum einen fehlen immer noch Informationen aus wichtigen noch geschlossen gehaltenen Archiven und anderen Aktenbeständen, ohne die eine endgültige Klärung des Falles nicht möglich sein dürfte. Zum anderen suggeriert die Darstellung eine Konsequenz und Zielgerichtetheit im Vorgehen bei der Geheimdienst-Intrige, die so in der Realität nur schwerlich funktioniert. Sicherlich dürften die von Schmidt genannten Aspekte die Entscheidung von Heß beeinflusst haben, aber wohl eher im Sinne des eben teilweise nur zufälligen, teilweise aber auch geplanten Zusammenwirkens verschiede-

ner Faktoren. Die Frage nach dem tatsächlichen Nutzen von Heß' Anwesenheit und Gefangenschaft in Großbritannien für die Politik der Regierung bleibt schleierhaft und kann auch nur vor dem Hintergrund der späteren Ereignisse behauptet, aber nicht belegt werden.

Neben der zentralen These des Buches und den Versuch ihrer Begründung verdient die Darstellung aber auch noch aus anderen Gründen Beachtung: Zunächst einmal setzt sich Schmidt an verschiedenen Stellen des Buches mit den umlaufenden Legenden und Mythen kritisch auseinander, was insbesondere gegenüber der kursierenden Heß-apologetischen, aber auch der sensationslustigen Literatur notwendig ist. Auch die Schilderung zur Person und Politik von Heß verdient besondere Aufmerksamkeit, widerlegt Schmidt hier doch die Vorstellungen, wonach Heß ein nicht durch die Maßnahmen der diktatorischen Politik belasteter Idealist oder gar ein Märtyrer für den Frieden gewesen sei. Ebenso wird die Auffassung, wonach Heß mit Hitlers Zustimmung flog, von dem Autor mit einer Vielzahl von Argumenten und Belegen ins Reich der Legenden verwiesen.

Armin Pfahl-Traughber

Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß – „Botengang eines Toren“? Der Flug von Rudolf Heß nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf 1997 (Econ-Verlag), 384 S., 44 DM.

Falsche Heilsbringer

Endzeitsekten wie Heaven's Gate (USA) des UFO-gläubigen Marshall Applewhite, die Sonnentempler (Kanada, Schweiz) um Luc Jouret, die Davidianer (USA) um den selbsternannten Messias David Koresh und die AUM-Jünger (Japan) um den Guru Asahara haben in den letzten Jahren mit Massenselbstmorden bzw. spektakulären Aktionen für weltweites Medieninteresse gesorgt.

Doch immer wieder rekrutieren Sekten und Psycho-Gruppen, die Heilsversprechen mit Absolutheitsanspruch, Freund-Feind-Denken und Weltverschwörungswahn anpreisen, neue Anhänger und Mitglieder. Weiterhin werden Kinder als Missionsobjekte von Sekten mißbraucht, können politisierende Psycho-Sekten von Rechts wie VPM und MUN, neuheidnische Spinner, Nazi-UFO-Esoteriker sowie die Seelenfischer der Scientology-Organisation, ihre abstrusen Theorien an den Mann

bzw. die Frau bringen. Wer sachkundig und aktuell zu diesen Themenfeldern informiert sein möchte, dem ist die Broschüren-Reihe „Forum“ zu empfehlen.

In der jüngsten „Forum“-Ausgabe („Die Neuheiden“) werden Gruppen untersucht, die sich bei ihren Riten und Mythen auf heidnisch-germanische Urreligionen, auf Gottheiten wie Odin, berufen. Dabei steht nicht so sehr die organisatorische Vernetzung der Szene im Vordergrund, sondern die Frage nach den gesellschaftlichen Entwicklungen und den religiösen Bedürfnissen, die der neuheidnischen Religiosität zugrunde liegen.

Anschriften der Herausgeber: Kurt-Helmuth Eimuth, c/o Evangelische Arbeitsstelle für Religions- u. Weltanschauungsfragen, Rechnergrabenstr. 10, 60311 Frankfurt; Lutz Lemhöfer, c/o Referat Weltanschauungsfragen der katholischen Diözese Limburg, Eschenheimer Anlage 21, 60318 Frankfurt

Tagebuch

Inland

Bad Honnef – Jahrelang hielt sich der 1963 geborene Neonazi Ralph Tegethoff, einst „Gauführer Mittelrhein“ der FAP und Aktivist der „Wiking-Jugend“ (WJ), öffentlichkeitswirksam zurück. Nun meldete er sich mit einem Artikel in der September-Ausgabe der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ wieder zurück. Tegethoff berichtet über einen Prozeß gegen „junge volkstreuere Deutsche“ vor dem Amtsgericht Düren.

Bargstedt/Buxtehude – Der Hamburger Wahlkampf der rechtsextremen NPD wurde massiv aus Niedersachsen unterstützt. In Bargstedt (Kreis Stade) nutzten Skinheads und junge Rechtsextremisten einen Lagerraum als Organisationsstützpunkt. In der Nacht zum Wahltag überfielen sechs Skinheads eine Gruppe junger Männer, die im benachbarten Dorfgemeinschaftshaus gefeiert hatten und in einer Fernsprechkabine direkt an der NPD-Scheune telefonieren wollten. Mit Knüppeln und einem Gasrevolver gingen die Rechtsextremisten auf ihre Opfer los, die sich Platzwunden am Kopf, Prellungen und Augenreizungen zuzogen. Die Polizei umstellte das Gebäude und stellte von 17 Anwesenden die Personalien fest. Außerdem wurden Beile, Messer, Knüppel sowie ein Schlagring und ein Gasrevolver beschlagnahmt. Bereits zwei Tage zuvor hatte es eine Massenschlägerei zwischen Neonazis, die auf dem Weg nach Bargstedt waren, und Linken am Buxtehuder Bahnhof gegeben. Dabei kamen Baseballschläger, Messer und Gaspistolen zum Einsatz; eine Polizistin wurde verletzt, ein Streifenwagen demoliert.

Berlin – Im ersten Prozeß um Schüsse aus dem Westen auf eine DDR-Grenzpatrouille am 9. Juli 1970 in Klein-Glienicke (Berlin/Wannsee) hat das Berliner Landgericht den 70jährigen Günter Duhse wegen heimtückischen Mordversuchs zu fünf Jahren Haft verurteilt. Insgesamt muß Duhse, der in der DDR von 1952 bis 1961 u.a. wegen unbefugten Waffenbesitzes verurteilt worden war, eine Haftstrafe von 13 Jahren und sechs Monaten verbüßen, weil er in München bereits wegen Mordversuchs an zwei Polizisten schuldig gesprochen wurde. 1988 wurde Duhse nach einer Schießerei mit der Polizei festgenommen. In seiner Münchner Wohnung beschlagnahmte die Polizei ein ganzes Waffenarsenal: vier Pistolen, eine Maschinenpistole, Armbrüste, Munition und 700 Gramm

Sprengstoff. Nach seiner Entlassung 1961 aus dem DDR-Gefängnis Waldheim trat Duhse der Freiwilligen Polizei-Reserve in Berlin bei, wurde NPD-Mitglied und engagierte sich als Fluchthelfer.

Berlin/Dietmannsried – Die „Republikaner“ führen am Samstag, den 18. Oktober, einen eintägigen Bundesparteitag in Dietmannsried bei Kempten/Allgäu durch. Als Redner auf dem Parteikongreß sollen auch der Ultranationalist Alfred Mechttersheimer und der Europa-Abgeordnete des französischen Front National, Yvan Blot, auftreten.

Bonn – Die Zahl der rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Straftaten ist bundesweit im ersten Halbjahr 1997 auf 4.829 angestiegen; gegenüber dem ersten Halbjahr 1996 eine Steigerung von 4,3 Prozent. Für 1996 lag die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten insgesamt bei insgesamt 8.730. Um 14,6 Prozent höher als im Vergleichszeitraum 1996 lag gar die Zahl der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten mit 353 Vorfällen. Laut Angaben von Bundesinnenminister Kanther wurden 51 Prozent dieser Gewalttaten in den neuen Bundesländern verübt.

Coburg/Straßburg/Berlin – Laut einer Presseerklärung der „Nation-Europa-Freunde e.V.“ traf der REP-Parteivorsitzende Rolf Schlierer samt Stuttgarter REP-Landtagsfraktion Mitte September in Straßburg mit Abgeordneten der extremen Rechten im Europäischen Parlament, des französischen Front National und des belgischen Vlaams Blok, zusammen. Schlierer soll dabei angekündigt haben, im Jahr 1999 wieder eine Fraktionsgemeinschaft im Europaparlament mit Front National und Vlaams Blok, unter Führung von Jean-Marie Le Pen, anzustreben.

Als Werbeträger für die „Junge Freiheit“ ist das rechtsextremistische Periodikum „Nation+Europa“ (NE) zum Einsatz gekommen. Der Oktoberausgabe von NE war die Werbroschüre beigelegt, mit der die „Junge Freiheit“ ihre Kampagne zur Gewinnung neuer Abonnenten durchführt.

Frankfurt/Mannheim – Der „Schutzbund für das deutsche Volk e.V.“ (Sitz: Frankfurt; jährlicher Mitgliederbeitrag: DM 50,—) führte im badischen Mannheim seine Jahreshauptversammlung durch. Referenten waren Alois Mitterer, Autor der „Staatsbriefe“ sowie Leserbriefschreiber in „Focus“, über „Kulturelle Geschlossenheit - eine Vision für die Zukunft Europas“ und Alfred Mechttersheimer mit

dem Thema „Bevölkerungspolitik als praktizierter Verfassungsschutz“.

Lüdenscheid (NRW) – Der 1991 gegründete und auf nationalsozialistische Esoterik spezialisierte MDV-Verlag des Neonazis Oliver Bode (1966 in Hildesheim geboren), einst Aktivist des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), hat seine gesamten Auslieferungsartikel an den Donner-Versand (Lüdenscheid) von Harald Theodor Mehr und Stephan Haase, Ex-Mitglieder der „Nationalistischen Front“, die heute der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) angehören sollen, übergeben. Der MDV-Verlag, der bis in die jüngste Zeit seine Kunden vom litauischen Keaipeda aus belieferte, bleibt weiterhin bestehen.

Das „Nationale Infotelefon Schleswig-Holstein“ meldete unlängst, daß Bode bei der Einreise nach Kanada verhaftet wurde. Bode unterhält enge Kontakte zu dem im kanadischen Toronto lebenden Holocaust-Leugner Ernst Zündel.

Mainz – Die von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG“ feiern die 200. Ausgabe. HNG-Vorstandsmitglied Kurt Müller, Ehemann der seit 1991 amtierenden Vorsitzenden Ursel Müller, schreibt in seinem Rückblick über die verschiedenen HNG-Schriftleiter von Henry Beier, über Volker Heidel (verstorben), Markus Privenu, Torsten Bunk, Christian Sennlaub, Christian Malcoci und Christian Scholz bis zum gegenwärtigen presserechtlich Verantwortlichen Andree Zimmermann von der „Sauerländer Aktionsfront“.

In der aktuellen Jubiläums-Ausgabe findet sich der Hinweis auf den „nationalen Anwalt“ Peter Stöckicht. Der Jurist Stöckicht ist im mecklenburgischen Laage (Kreis Güstrow) niedergelassen. Er gehörte dem „Bund Nationaler Studenten“, der NPD und deren Abspaltung „Aktion Neue Rechte“ an. Daneben sind die Gefangenenlisten, Leserbriefe inhaftierter „Kameraden“ wie Michael Bar von der „Nationalen Volksfront“ (N.V.F.), dem ehemaligen Bundesschatzmeister der „Deutschen Nationalisten“ Dirk Poser und Gerhard Lauck von der NSDAP/AO enthalten. Die Auflage der „Nachrichten der HNG“ liegt nach amtlichen Angaben bei 400 Exemplaren, die bei „Odal-Druck“ von Eberhard Hefendehl gedruckt werden.

München – Die Rechtsextremisten Ilse Carola Salm und Hans-Ulrich Kopp (beide Mitglieder des

revanchistischen „Witikobundes“), nahmen nach Angaben des „Witikobriefes“ (Ausgabe 4/97) an einem öffentlichen Parteifest des ausländerfeindlichen „Vlaams Blok“ im belgischen Antwerpen teil. An einer der Podiumsdiskussionen beteiligte sich auch Harald Neubauer („Deutsche Liga für Volk und Heimat“). Der „Witikobrief“ meint dazu: „Die traditionell deutschfreundliche flämische Rechte sucht und pflegt Kontakt über die Grenzen des belgischen Staates hinaus.“

Norderstedt (S-H) – Betreiber der Webseiten des neonazistischen „Nordland-Netzes“, einer Abspaltung des „Thule-Netzes“, soll der 25jährige Hamburger Stefan Beeck, nun in Norderstedt lebend, sein. Beeck hatte die Seiten Anfang dieses Jahres zunächst bei einem kommerziellen Online-Provider angemeldet, wo sie wegen rechtsextremer Inhalte gekippt wurden. Dann nahm er Kontakt zu dem Provider WebCom (hat auch Ernst Zündel im Angebot) auf. Seitdem lagern die Seiten auf dessen kanadischem Rechner. Im Juni soll Beeck an der Hetendorfer Tagungswoche des Rechtsextremisten Jürgen Rieger teilgenommen haben. Im „Nordland-Netz“ ist er unter dem Pseudonym „Braveheart“ bekannt. Der schottische Nationalist „Braveheart“ (=William Wallace) hatte vor 700 Jahren bei der Schlacht an der Brücke von Stirling ein englisches Heer geschlagen.

Solingen – Der Solinger Bauunternehmer Günther Kissel darf nach einem Gerichtsurteil als „rechtsextremistischer Drahtzieher, Volksverhetzer und Auschwitzleugner“ bezeichnet werden. Die Berufungskammer vor dem Wuppertaler Landgericht sprach damit einen Studenten von dem Vorwurf der Beleidigung Kissels frei. Der Vorsitzende Richter bezog sich in seinem Urteil auf schriftliche Ausführungen Kissels, die der Student als verantwortlicher Redakteur in einer Solinger Stadtzeitung veröffentlichte und was zu der Schlußfolgerung in dem Blatt geführt hatte, es handele sich bei dem stadtbekannten Bauunternehmer um „einen aktiven rechtsextremistischen Drahtzieher, Volksverhetzer und Auschwitzleugner“. Zugrundegelegt wurde ein Rundbrief Kissels, den dieser im Januar 1993 „zur Aufmunterung“ an Firmenangehörige verschickte. In dem darin enthaltenen Gedicht mit dem Titel „Bonzen und Asylanten“ von Eva-Maria Mehlmann sah das Gericht einen Angriff auf die Menschenwürde. Als Beleg für die Berechtigung der Bezeichnung „Auschwitzleugner“ wertete das Gericht ein Vorwort Kissels zu dem 1990 im rechtsextremistischen „Türmer-Verlag“ erschienen Buch

Adresse:

„Deutschland und die Kriegsursachen“.

Trier – Die diesjährige Vortragsveranstaltung der „Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V./Hermann-Wirth-Gesellschaft“ („Ur-Europa e.V.“) fand vom 10. bis 13. Oktober in Trier statt. Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins ist der Dipl.-Ing. Paul A. Rohkst aus dem bayerischen Kolbermoor. In den 70er Jahren wurde der 86jährige Revisionist Tiudar Rudolph, er wurde jüngst während seiner Haft von der HNG betreut, in den Vorstand der „Hermann-Wirth-Gesellschaft“ gewählt. Die Gesellschaft kümmert sich u.a. um den Nachlaß ihres Initiators Prof. Hermann Felix Wirth-Roeper-Bosch, dem späteren Gründer des SS-Instituts deutsches Ahnenerbe. Es sind vor allem ältere Personen aus dem heidnischen und völkischen Spektrum der rechtsextremistischen Szene in dem Verein organisiert. Aber auch Jungrecken wie Steffen Hupka und Frank Rennicke unterhalten Kontakt zu der germanentümelnden Organisation.

Villingen/Schwenningen – Zur Protestaktion gegen die Ausstellung „Vernichtskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“, die am 25. Oktober in Konstanz eröffnet wird, ruft Jürgen Schützinger, Spitzenfunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ auf. Der „Besuch“ der „Anti-Wehrmachtausstellung“, soll um fünf Minuten vor 12.00 Uhr stattfinden und steht unter dem Motto: „Unsere Soldaten waren keine Verbrecher“.

Ausland

Belgien (Berchem/Antwerpen) – In der aktuellen Ausgabe der revisionistischen „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (1.Jahrgang; Nr.3/Sept.) findet sich - neben Beiträgen von Holocaustleugnern wie Germar Rudolf und Bradley Smith - auch ein Artikel von Alfred Schickel, Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, Autor in der „Jungen Freiheit“ und im

„Ostpreußenblatt“. Schickel wettert dabei gegen die deutsch-tschechische „Schlußstrich-Erklärung“. Herausgeber der „Vierteljahreshefte ist die 1985 gegründete belgische „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ (Freie historische Forschung“), die per Postfachadresse in Berchem erreichbar ist. Kopf der Stiftung ist der Holocaustleugner Siegfried Verbeke, der über mehrere Ausgaben hinweg „Die Bauernschaft“ druckte und verschickte.

Frankreich (Mulhouse) – Aus einer regionalen Neuwahl ging der Jurist und Hotelbesitzer Gerard Freulet (Interviewpartner der „Jungen Freiheit“) von der Front National im elsässischen Mulhouse als Sieger hervor. Sechs Monate vor den Regional- und Kantonalwahlen gilt die Abstimmung als richtungsweisend. Die Industriestadt Mulhouse, wo die Arbeitslosigkeit bei 14 und der Ausländeranteil bei 18 Prozent liegt, ist eine der FN-Hochburgen im Elsaß. Bei einer Wahlbeteiligung von 38 Prozent erreichte Freulet 53,6 Prozent der Stimmen.

Österreich (Linz) – Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich am 5. Oktober konnten die rechtslastigen „Freiheitlichen“ ein Ergebnis von 20,9 Prozent der Wählerstimmen (12 Mandate = +1) holen. Damit erzielte die Partei des Rechtspopulisten Jörg Haider zwar im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1991 einen Stimmenzuwachs von 2,9 Prozent, sie blieb jedoch unter dem erwarteten Ergebnis. Bei den zeitgleich stattfindenden Gemeinderatswahlen in Oberösterreich lag die FPÖ mit 18,9 Prozent der Stimmen (+ 3,7 Prozent) niedriger als bei den Landtagswahlen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten